

**Anlage 1**

01  
01/17

19.05.2009  
Frau Han  
R 30352

**Kölner Netzwerk Bürgerengagement  
Ergebnisse des Prüfauftrags an die Verwaltung „Aktueller Stand und mögliche Maßnahmen zur Ausweitung von Verfahren der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung“**

**I. Maßnahmen die zur Umsetzung vorgeschlagen werden (Maßnahmen, die auf Grund ihres Volumens einer weiteren Entscheidung zur Umsetzung und Mittelfreigabe durch den zuständigen Fachausschuss bedürfen, sind grau hinterlegt)**

**Hinweis: Im Rahmen der Vorbereitung von Bürgerbeteiligungsverfahren wird in Zukunft regelmäßig geprüft, ob die Aktivierung bisher wenig erreichter Bevölkerungsgruppen durch geeignete Maßnahmen (z. B. mehrsprachige Informationsmaterialien, Ansprache über Medien, Sozialraumkoordinatoren, Nutzung von vorhandenen „Kulturmittlern“ etc.) verbessert werden kann.**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Zusätzliche Personalkosten, jährlich</b>	<b>Zusätzliche Sachkosten, jährlich</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
1	Dezernat OB 01/Amt des Oberbürgermeisters	Veranstaltung zur Information über Bürgerbeteiligungsverfahren für Ratsmitglieder und Mitglieder der Bezirksvertretungen (ca. 3 Stunden).		Gesamtkosten ca. <b>1.700,- €</b> einmalig.	Entscheidungsträger sind über die Möglichkeiten und Vorteile der einzelnen Verfahren informiert.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
2	Dezernat OB 13/Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	<p>Das Amtsblatt wird als PDF-Download kostenlos zur Verfügung gestellt; auf ältere Ausgaben ist der Zugriff über ein Online-Archiv möglich.</p> <p>Wird bereits in Mülheim/Ruhr praktiziert:  <a href="http://www.muelheim-ruhr.de/cms/amtsblatt_der_Stadt_muelheim_an_der_ruhr1.html">www.muelheim-ruhr.de/cms/amtsblatt_der_Stadt_muelheim_an_der_ruhr1.html</a></p>		<p>Jährlich fallen bisher 30.300,- € für Druck- und Portokosten an. Ein kostenloser Newsletter würde zu einem Einnahmeausfall führen. Bislang wurden aus den Abonnements Einnahmen in Höhe von <b>38.200 €</b> erzielt. Es fallen weiterhin <b>10.000 €</b> für die Programmierung an.</p>	<p>Verzicht auf die Printauflage ist entsprechend § 8 Hauptsatzung und § 4 Bekanntmachungsverordnung nicht möglich.</p> <p>Das Amtsblatt wird bereits jetzt auf Wunsch per Email versandt, allerdings wie die Printausgabe nur gegen Gebühr. Es gibt rund 60 Auflagen des Amtsblatts pro Jahr. Das Abonnement ist mit 79,50 € pro Jahr daher schon sehr günstig.</p>
3	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Recht und Ordnung/ 1300/E-Government und Online-Dienste sowie beteiligte Fachstelle entsprechend des Projektes	<p>Weiterentwicklung von E-partizipation als Standardverfahren bei der Stadtverwaltung; sukzessiver Einsatz für bürgeroffene Verwaltungsverfahren.</p> <p>Zurzeit wird geprüft, ob E-partizipation in Bezug auf den „Bericht zum demografischen Wandel“ das optimale Beteiligungsinstrument darstellt (Befragung kann frühestens 2010 erfolgen).</p>	<p>Personelle Ressourcen in der Abteilung E-Government erforderlich für Durchführung, Vor-, Auf-, und Nachbereitung. (in Pilotphase <b>30.000,- €</b>)</p>	<p>Kosten pro Beteiligungsverfahren bei Abteilung E-Government mindestens <b>50.000,- €</b> Stark abhängig von Art und Umfang des Verfahrens. Geschätzte Sachkosten der Fachabteilung ca. <b>30.000 €</b>.</p>	<p>Kosten, die wegen der Unterschiedlichkeit der Projekte variieren, fallen <u>auch</u> in der jeweils thematisch zuständigen Fachabteilung (u. a. durch die Einbindung externer Berater) an. Ohne zusätzliches Personal müssen für die Zeit der Durchführung (1 Monat) eines Partizipationsverfahrens sämtliche anderen Aufgaben der Abteilung ruhen. (Einschätzung des Amtes für Stadtentwicklung; Höhe der Sachkosten können zurzeit nicht seriös ermittelt werden)</p>

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
4	Dezernat Bildung, Jugend und Sport/402/ Schulverwaltungsamt – Schulplanung, Schulbau	<p>Einbeziehen eines größeren Kreises der Schulgemeinde bei ca. 1-2 Schulneubauprojekten. Einrichtung von Planungsgruppen als Modell.</p> <p>Durchführung eines erweiterten Beteiligungsverfahrens als Pilotprojekt in 2009 bei Generalinsstandsetzung/Erweiterungs-/Neubau/Ganztag Sek. I der Montessori-HS und des Montessori-Gymnasiums in Köln-Bickendorf, Rochusstr. 145. Bei den Planungen wird bereits die „Gebäude-AG“ bestehend aus Eltern und Pädagogen intensiv mit einbezogen.</p> <p>Weiterhin steht der Abriss/Neubau der Willy-Brandt-Gesamtschule in Köln-Höhenhaus, Im Weidenbruch 214, an. Planungsbeschluss ist bereits durch den Rat erfolgt. Beteiligung der Schulgemeinde erfolgt bis zur Gebäudeinbetriebnahme.</p>		<p>Kosten pro Maßnahme ca. <b>20.000,- €</b>für externe Fachkräfte, Informationsmaterialien und z. B. Besichtigungsfahrten zu „Vorzeigeschulen“ pädagogisch wertvollen Schulbaus</p>	<p>Das Einbeziehen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Pädagogen in die Schulplanungen zur Erarbeitung pädagogisch sinnvoller Lösungen dauert zwar länger führt aber für alle Beteiligten zu einem zufriedenstellenden Ergebnis.</p>
5	Dezernat Bildung, Jugend und Sport 42/Amt für Weiterbildung	Fortbildungsangebot für Bürgerinnen und Bürger „Einführung in Verfahren der Bürgerbeteiligung“	<p>Die Voraussetzungen für die Entwicklung eines Angebots sind gegeben. Bei Einsatz von Honorarkräften ca. <b>300,- €</b>pro Kurs</p>		Bürgerinnen und Bürger informieren sich über verschiedene Verfahren der Bürgerbeteiligung

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
6	Dezernat Bildung, Jugend und Sport 512/ Amt für Kinder, Jugend und Familie – Amt für Kinderinteressen	<p>Grundsätzliche Einführung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung für Verwaltungsvorlagen, bei denen das Leben von Kindern und Jugendlichen tangiert ist. Erarbeitung einer Konzeption die gewährleistet, dass:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Prüfkriterien mit Kindern und Jugendlichen gemeinsam entwickelt werden und</li> <li>2. Kinder und Jugendliche sich projektbezogen an Planungsprozessen der Verwaltung beteiligen können(Qualitätsmanagement)</li> <li>3. die Kriterien eingehalten und den Vorgaben entsprechend von der Verwaltung umgesetzt werden.</li> </ol> <p>Schaffung von Voraussetzungen um Kinder und Jugendliche durch Partizipation zu verantwortungsvollen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen zu lassen.</p>	Eine zusätzliche Stelle A 11 (ca. <b>60.000,- €</b> ),	ca. <b>10.000,- €</b> für auf Empfänger zugeschnittenes Informationsmaterial (Flyer,etc.) für städtische Dienststellen, Bürger und Kinder, Multiplikatoren; Durchführung von Beteiligungsprojekten; Durchführung von Infoveranstaltungen	Stärkung des Verantwortungsgefühls und des bürgerschaftlichen Engagements für ihre Stadt durch den Prozess der Teilhabe an politischen Entscheidungen. Politische Bildung von Kindern und Jugendlichen durch Verdeutlichung von Zusammenhängen in Politik und Verwaltung (Transparenz); Qualitätsverbesserung durch bedarfsorientierte Planung

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
7	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 50/2/ Amt für Soziales und Senioren - Bürgerhäuser/-zentren	Durchführung von Fortbildungsangeboten zum Thema Bürgerbeteiligung auf Grund konkreter Planungen oder Problemsituationen im Bezirk/Stadtteil, mit der Zielrichtung dass eine mittelfristige Lösung herbeigeführt werden muss. Veranstaltungsorte: Bürgerhäuser und Bürgerzentren. Die inhaltliche und methodische Gestaltung soll in Kooperation mit qualifizierten Partnern der Weiterbildung, z. B. der Volkshochschule, erfolgen.; die Organisation und Umsetzung geschieht im Rahmen der Angebotsentwicklung der Bürgerhäuser.		Die Voraussetzungen zur Entwicklung der Angebote sind beim Amt für Weiterbildung gegeben. Zur Durchführung eines Angebotes ist mit Honoraren, Arbeitsmaterialien, Teilnehmerverpflegung, Werbe- und Raumkosten zu rechnen. Pro Angebot ist mit einem Durchschnittsbetrag von <b>2.500 €</b> zu kalkulieren.	Die Durchführung dieser Fortbildungsangebote in den Bürgerhäusern ermöglicht den interessierten StadtteilbewohnerInnen eine wohnortnahe Weiterbildung. Kontakte, Kooperationen und die Entwicklung von Projektideen können sich so sinnvoll ergeben.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
8	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 502/Amt für Soziales und Senioren - Fachstelle Wohnen, wirtschaftliche Hilfen, Reso-Dienste	Die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere zu bürgerschaftlicher Beteiligung ist eine wesentliche Zielrichtung der Gemeinwesenarbeit. Durch Befragungen lassen sich die Anliegen der Menschen in Stadtteilen mit Förderbedarf am besten ermitteln. Derzeit wird die Gemeinwesenarbeit durch freie Träger in den Wohnquartieren: Ostheim, Buchheim, Holweide und Dünnwald gefördert. Beteiligung erfolgt zum Beispiel über die Methode der aktivierenden Befragung und durch den Aufbau von Mieterräten. Da die Projekte in freier Trägerschaft sind, ist ihre Beteiligung an der Eigenplanung der Verwaltung nicht zwangsläufig gegeben. Es wäre denkbar die Strukturen bei Planungsprojekten der Verwaltung zu nutzen und die Bürgerinnen und Bürger über die freien Träger zu beteiligen. Zum Teil werden die Strukturen schon genutzt. Hier wäre eine Ausweitung wünschenswert.		Honorare für aktivierende Befragung durch Studenten. Je nach Aufwand der Befragungen. (In Pilotphase <b>10.000,- €</b> )	Die Sozialverwaltung bezuschusst, fördert und steuert <u>bereits seit 1995</u> Gemeinwesenarbeit in Kölner Wohngebieten mit besonderer sozialer Belastung.  Des Weiteren hat die Evaluation des Rahmenkonzepts „Sozialraumorientierte Hilfsangebote“ im Jahre 2008 zu dem Ergebnis geführt, dass die Handlungsebene der Bewohnerbeteiligung in den Sozialraumgebieten nicht in ausreichendem Maße praktisch umgesetzt wird und eine Stärkung dieser Funktion als notwendige Voraussetzung und Ergänzung der Arbeit der Koordinations- und Anlaufstellen notwendig ist.
9	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 5620/Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	Im Umfeld der Einrichtungen der Wohnversorgungsbetriebe für Obdachlose, Flüchtlinge und Aussiedler kann ein umfassendes Informieren und Einbeziehen der Anwohner/Nachbarschaft der Einrichtungen, z.B. auch Einladung zu Festen in den Einrichtungen zum Abbau von Berührungängsten beitragen. Berücksichtigung der Anwohner sollte als durchgängiges Arbeitsprinzip angewandt werden können. Alternativ kann die Erstellung einzelner Informationsmaterialien an Externe abgegeben werden. Eine Ausweitung von Öffentlichkeitsarbeit und Einbeziehen der Nachbarschaft wäre wünschenswert.	Der zusätzliche Personalbedarf lässt sich bei der Anwendung eines Arbeitsprinzips vorab nicht seriös ermitteln.	Bei der Vergabe zur Erstellung von einzelnen Informationsmaterialien sind in etwa <b>8.000,- €</b> im Jahr erforderlich.	Interesse der Öffentlichkeit an Informationen muss zeitweise gegen Interesse der Verwaltung an zügiger Umsetzung abgewogen werden.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
10	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 15/Amt für Stadtentwicklung und Statistik	Einrichtung einer Internetpräsenz für die Planungsbeiräte (Beiräte werden bei größeren Planungsvorhaben eingesetzt. Sie haben beratende Funktion für die Bezirksvertretungen und stehen den Bürgerinnen und Bürgern für Bürgersprechstunden zur Verfügung.)	Zusätzlicher Personalaufwand. Finanzieller Aufwand im derzeitigen Planungsstand noch nicht kalkulierbar. (In Pilotphase <b>20.000,- €</b> )		Transparenz der Arbeit der Beiräte für die interessierte Bevölkerung
11	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 61/Stadtplanungsamt	Entwicklung einer kontinuierlichen Beteiligungskultur mit Moderations- und Informationsveranstaltungen.	zusätzliche Planstelle (Ingenieur, ca. <b>76.000,- €</b> )	<b>100.000 €</b>	Beteiligungs- und Informationsveranstaltungen sind freiwillige Aufgaben der Stadt. Gem. Aufgabenanalyse soll sich das Planungsamt allein auf Pflichtaufgaben beschränken.  Das Stadtplanungsamt beabsichtigt eine Planstelle speziell für Beteiligungsverfahren in den Haushaltsplan 2010 einzubringen.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
12	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 67/Amt für Landschaftspflege und Grünflächen	<p>Bei Planungsverfahren von öffentlichem Interesse (z.B. Umgestaltung bzw. Sanierung von Platzanlagen/ Neubau Grünanlagen) ist es in der Regel gängige Praxis bei 67, die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren und zu beteiligen. Z.B. wurden Bürgerbeteiligungen/Informationen wie folgt durchgeführt: öffentliche Bestandsaufnahme über Nutzung, Nutzungsfrequenzen, etc., unter Beteiligung von Anwohnern und Organisationen bei gleichzeitiger Information über das Vorhaben. Öffentliche Präsentation von ersten Planungsentwürfen, ggf. mit Vorstellung von Alternativen, durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes. Einarbeitung von Anregungen, Ideen usw. und evtl. Zwischenpräsentationen. Nach der Information der politischen Gremien finden in der Regel nochmals Bürgerinformationen statt, nach denen letzte Detailänderungen vor einer endgültigen Beschlussfassung durch die Bezirksvertretung und im Rat eingearbeitet werden können, ggf. werden abgeschlossene Planungen in öffentlichen Ausstellungen präsentiert.</p> <p>Darüber hinaus wurden vor allem im Rahmen der <b>Regionale 2010</b> Projekte umfangreiche Maßnahmen/Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung/Information durchgeführt. Mit dem Verfahren Rheinboulevard im Besonderen konnte hierdurch ein "neuer" Standard in der Beteiligungsform definiert werden. Aufgrund der "Aufwendigkeit" der Projekte wurde befristet eine Personalstelle bewilligt.</p>	<p>Derzeit wird die Bürgerbeteiligung im Rahmen von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen mit eigenem Personal durchgeführt. Bei Ausweitung der Beteiligungsverfahren und dem Einbezug der Beteiligung im Rahmen der turnusmäßigen Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen wären mehr Personal- (A 11 ca. <b>60.000 €</b>) und mehr Sachmittel notwendig; je nach Anzahl und Art der gewünschten Beteiligungsverfahren.</p>	<p>In Pilotphase pauschal <b>15.000,- €</b> pro Jahr Sachkosten sowie Personalkosten A 11 für Bürgerbeteiligungen, die über das bisherige Maß hinausgehen..</p>	<p>Die Umsetzung einer Planung erhält nach Bürgerbeteiligungen eine wesentlich höhere Akzeptanz und eine breitere Zustimmung in der Öffentlichkeit. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich mit „ihrer“ Grünanlage wesentlich intensiver, wenn die entwickelten Planungsideen mit einfließen konnten. Bürgerbeteiligungen sind äußerst zeitintensiv und verlängern Planungsprozesse und Entscheidungsfindungen. Bürgerbeteiligungen erfordern intensiven Personaleinsatz, Personalkapazitäten hierfür sind bei 67 begrenzt.</p>



Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
		<p>Im Rahmen des <b>Bürgerhaushaltes</b> konnte eine Bürgerbeteiligung nur im Rahmen der stadtweiten Findungsphase durchgeführt werden. Ein Beteiligungsverfahren im Rahmen der Umsetzung der Maßnahmen ist nicht leistbar.</p> <p>Ebenfalls ist zurzeit mit den vorhandenen Ressourcen keine Form der Bürgerbeteiligung im Zuge der turnusmäßigen Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen möglich. Diese Maßnahmen betreffen jedoch in besonderem Maße das direkte Wohnumfeld der Bürger.</p>			

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Zusätzliche Personalkosten, jährlich	Zusätzliche Sachkosten, jährlich	Vor- und Nachteile, Sonstiges
13	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 69/Amt für Brücken und Stadtbahnbau	<p>Folgende Maßnahmen der Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation wurden durchgeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchführung eines Teilnahmeverfahrens bei der Planung der Stadtbahnverlängerung der Linie 3 Bocklemünd/Mengenich (10/2008 bis 01/2009)</li> <li>• Bürgerinformationsveranstaltungen bei verschiedenen Projekten (zuletzt Stadtbahnverlängerung Linie 1, Umrüstung Linie 12),</li> <li>• Bürgerfeste zur Inbetriebnahme von neugebauten oder umgerüsteten Stadtbahntrassen oder Fußgängerbrücken (zuletzt Abbruch und Neubau der Fußgängerbrücke an der Paffrather Straße).</li> <li>• Umfassende Öffentlichkeitsarbeit durch die Einrichtung eines vor Ort befindlichen Bürgerbüros (zuletzt bei Linie 12; aktuell beim Neubau der Rheinufertreppe sowie den Sanierungen der Rheinbrücken und Straßentunnel).</li> <li>• Informationen über die Maßnahmen im Internet, Presseveröffentlichungen, Informationsmaterialien (Flyer mit Kontaktadressen etc.) als Wurfsendung zu aktuellen Maßnahmen wie zum Beispiel die anstehenden Sanierungen der Rheinbrücken und Straßentunnel.</li> </ul>	<p>Bei einer Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit (durch Aufbau eines stetig zu aktualisierenden Internet-Auftritts von 69, der verstärkten Durchführung von Bürgerbeteiligungen als moderierte Verfahren, Information der Bürgerinnen und Bürger durch Flyer, Präsenz vor Ort, u.ä) ist die vorhandene Personalkapazität nicht ausreichend. Das Amt sieht hier den Mehrbedarf von einer zusätzlichen A 11-Stelle (ca. <b>60.0000,- €</b>).</p>	<p>Pauschale Kosten in Höhe von ca. <b>35.000,- Euro</b> pro Jahr für Bürgerbeteiligungen, die über das bisherige Maß hinausgehen.</p>	<p>Die großen Projekte von 69, wie z.B. das gemeinsame Projekt mit 67 (Grünflächenamt) „Rheinboulevard-Neubau einer Uferterrasse“, die Sanierung der Rheinbrücken und Straßentunnel rücken immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Hier ist eine kontinuierliche und umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger der Stadt von besonderer Bedeutung.</p>

**II. Bereits umgesetzte, bzw. in der Umsetzung befindliche Maßnahmen**

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
14	Dezernat OB 01/181/Amt des Oberbürgermeisters/Ratsinformationsdienst mit Dezernat I/1300 E-Government und Online-Dienste	Veröffentlichung sämtlicher öffentlicher Beschlussvorlagen und Mitteilungen an Rat, Ausschüsse und Bezirksvertretungen mit Hilfe des Systems session.net		Der Ratsinformationsdienst gestaltet die Vorlagen zurzeit barrierefrei. <b>Die Produktivsetzung des Systems session.net wird im August 2009 erwartet.</b>
15	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Recht und Ordnung 100/21 Personalamt - Personalentwicklung und Mitarbeiterqualifizierung	Schulungsmaßnahme zur Einführung in und Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren. In 2008 fand das zweitägige Seminar „Einführung in das Bürgerbeteiligungsmanagement“ zwei mal statt. Auch 2009 wurde das Seminar in das allgemeine Fortbildungsangebot aufgenommen.	Sind gegeben	Vermittlung geeigneter Situations- und Konfliktanalysetechniken, Überblick über moderne Bürgerbeteiligungsverfahren, Anwendung grundlegender Moderationstechniken.  Ämter aus dem Bau- und Planungsbereich erwägen weitergehende Qualifizierungen zum Thema „Bürgerbeteiligungsmanagement“ anzubieten. Die Personalentwicklung sagt ihre Unterstützung zur Konzipierung und Durchführung entsprechender Seminare zu.
16	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Recht und Ordnung 1300/E-Government und Online-Dienste	Erprobung von E-Partizipation als Pilotprojekt für die Umsetzung des Bürgerhaushalts	Sind gegeben	

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
17	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Recht und Ordnung 1300/E-Government und Online-Dienste	Aufbau des Bereichs „Planen und Bauen“ zur Information über aktuelle Bebauungsverfahren und Großbauprojekte.	Sind gegeben	Transparenz bei Planungen.
18	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Recht und Ordnung 1300/E-Government und Online-Dienste	Verbesserung der Suchfunktion im städtischen Internetauftritt	Sind gegeben.	Seit Anfang 2009 wird im städtischen Internetauftritt die Google Search Appliance als Suchmaschine eingesetzt. Diese wird zurzeit im Hinblick auf die städtischen Anforderungen optimiert.
19	Dezernat Allgemeine Verwaltung, Recht und Ordnung 1300/E-Government und Online-Dienste	Datenbank abgeschlossener Verfahren; Sofern über Projekte berichtet wurde, sind die Informationen schon jetzt über die Volltextsuche abrufbar.	Keine weiteren Kosten	
20	Dezernat Finanzen 202/Kämmerei - Zentrale Finanzsteuerung mit 1300/E-Government und Online-Dienste	Bürgerhaushalt	In 2007 und 2008 bestand ein Ansatz von 250.000 € für Internetplattform, Haushaltsbroschüre, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerveranstaltungen, der ebenso für 2009 veranschlagt ist.	
21	Dezernat Bildung, Jugend und Sport 400/Schulverwaltung samt - Abteilung Schulergänzende Einrichtungen	Anschaulich aufbereitete Informationen über Entwicklungen im Nachfolgeprojekt zu „Selbstständige Schule“ wird auf dem Kölner Bildungsportal <a href="http://www.bildung.koeln.de">bildung.koeln.de</a> unter „Selbstständige Schule – Regionale Bildungslandschaft“ <a href="http://www.bildung.koeln.de/schule/selbststaendige_schule/index.html">http://www.bildung.koeln.de/schule/selbststaendige_schule/index.html</a> schon bereitgestellt, ausgebaut und gepflegt. Informationen sollen zukünftig auch im Internetportal der Stadt Köln eingestellt werden.	Sind gegeben bis 31.07.2013	Mit dem Land NRW wurde im Anschluss an „Selbstständige Schule“ ein Kooperationsvertrag zur Weiterentwicklung regionaler Bildungsnetzwerke abgeschlossen – Laufzeit: bis 31.07.2013.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
22	Dezernat Bildung, Jugend und Sport – IV/2- Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung	Die Anwendung von Bürgerbeteiligungsverfahren ist durch die Umsetzung des Rahmenkonzeptes „Sozialraumorientierte Hilfsangebote“ sichergestellt.	Sind gegeben	
23	Dezernat Bildung, Jugend und Sport 512/Amt für Kinder, Jugend und Familie - Amt für Kinderinteressen	Im Bereich der Spielplatzplanung sind Beteiligungsprozesse etabliert.	Sind gegeben	
24	Dezernat Bildung, Jugend und Sport 512/Amt für Kinder, Jugend und Familie - Amt für Kinderinteressen	Einbeziehen von Kindern und Jugendlichen in Planungsverfahren im Wohn- und Lebensumfeld, z.B. Verkehrsplanung, Erkennen und Vermeiden von Angsträumen etc, durch moderierte Beteiligungsverfahren. Ausweitung der Kinder- und Jugendforen.	Sind gegeben	
25	Dezernat Bildung, Jugend und Sport 513/Amt für Kinder, Jugend und Familie - Tageseinrichtungen und Tagesbetreuung für Kinder	Beteiligung der Eltern an Angelegenheiten der Kitas ist gesetzlich geregelt. Elternversammlung der Kita erhält Auskunft über alle die Einrichtung betreffenden Angelegenheiten; Vertrauensvolle Zusammenarbeit des Elternrates mit Träger und pädagogischen Kräften; Träger, pädagogisch tätige Kräfte und Elternrat bilden Rat der Kita.	Sind gegeben	
26	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt	In der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (LST) arbeitet jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter von KLUST, LSVD, AIDS-Hilfe, RUBICON, SC Janus und Jugendzentrum anyway mit.	Sind gegeben	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
27	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/2/Interkulturelles Referat	Beteiligung von Migrantinnen und Migranten und deren Selbstorganisationen am Prozess des Kölner Netzwerks Bürgerengagement. Beteiligung an Aufbau und Entwicklung der Arbeitsgruppe "Bürgerengagement und Migration in Köln".	Sind gegeben	Vorteile: Aufbau eines Netzwerks von Partnern aus unterschiedlichen Bereichen der kommunalen Gesellschaft in Köln und die Weiterentwicklung sowie Unterstützung neuer „Zugänge“ zum bürgerschaftlichen Engagement für und mit Migrantinnen und Migranten.
28	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/2/Interkulturelles Referat	Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates. Internetauftritt und Links durch das städtische Internetportal im Rahmen der Arbeit des Interkulturellen Referats der Stadt Köln.	Sind gegeben	Vorteile: Informationsbereitstellung für die breite Öffentlichkeit und Sensibilisierung sowie gezielte Hinweise zu jeweiligen Engagementbereichen für interessierte Bürgerinnen und Bürger.
29	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Ombudsfunktion/-Beratung; Querschnittsaufgabe Behindertenpolitik innerhalb der Stadtverwaltung und für die Stadt; Einrichtung des Büros der Behindertenbeauftragten.	Sind gegeben	Bürgerinnen und Bürger fühlen sich ernst genommen mit ihren Anliegen. Beitrag zur Transparenz von Verwaltungshandeln und Möglichkeit zur Überprüfung von Verwaltungshandeln und -entscheidungen. Möglichkeit zur Vermittlung in Konfliktfällen.
30	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	In Abständen von 6-8 Wochen erscheint ein Infobrief mit behindertenpolitisch interessanten Informationen aus der Kommune, aber auch aus Land und Bund.	Sind gegeben	Zugang zu Informationen wird vereinfacht. Niederschwelliges Angebot zur Beteiligung an diesem Informationsmedium. Fördert die Vernetzung.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
31	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Kooperation mit der VHS Köln. Besuch von Kursveranstaltungen der VHS zur Information über und Diskussion von behindertenpolitischen Themen.	Sind gegeben	Information und Förderung von Interessen als Voraussetzung für weitergehendes bürgerschaftliches Engagement.
32	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Qualifizierung gehörloser Bürgerinnen und Bürger für bürgerschaftliches Engagement insbesondere im Rahmen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik.	Die Qualifizierung wird durch das Büro der Behindertenbeauftragten wahrgenommen. Für ein 6-stündiges Qualifizierungsangebot fallen Kosten für Gebärdensprachdolmetscher/-innen in Höhe von ca. 720 EUR an.	Schaffung von Voraussetzungen für das bürgerschaftliche Engagement Gehörloser im Rahmen der bestehenden Beteiligungsverfahren.
33	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Beteiligung der Kölner Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen an der städtischen Behindertenpolitik durch die Zusammenarbeit in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Mitglieder sind Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, der Wohlfahrtsverbände, der Politik und Verwaltung. Die Stadt-AG berichtet über behindertenrelevante Themen der städtischen Politik. Über Anfragen und Anträge an die Verwaltung und politischen Gremien nehmen die Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen Einfluss auf die städtische Behindertenpolitik.	Sind gegeben	Sicherstellung der Einbeziehung von Bedürfnissen behinderter Menschen in die städtische Politik. Förderung von Lernprozessen bei allen Beteiligten durch Vorträge und Diskussionen. Abbau von Vorurteilen und Gewinnung von mehr gegenseitigem Verständnis unter allen beteiligten Gruppen.

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
34	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen. Regelmäßig vor und nach den Sitzungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik finden Treffen statt, die der Information bzw. Absprache von Themen und Aktivitäten städtischer Behindertenpolitik dienen.	Sind gegeben	Festlegung von Themenschwerpunkten und Realisierung von Maßnahmen mit Menschen mit Behinderung statt für Menschen mit Behinderung. Erhöhung der Beteiligung an und der Zustimmung zu städtischen Vorhaben.
35	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Praktische Unterstützung und Förderung der ehrenamtlichen Arbeit der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen durch das Büro der Behindertenbeauftragten.	1/2 Stelle. Finanzierung gesichert.	Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Verbesserung der Qualifikation für bürgerschaftliches Engagement und damit auch Förderung seiner Zielgerichtetheit.
36	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt V/3/ Behindertenbeauftragte	Unterstützung und evtl. Optimierung von Beteiligungsverfahren, hier bei Bauvorhaben durch den Arbeitskreis barrierefreies Köln. Der Arbeitskreis ist ein Zusammenschluss von Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Behindertenorganisationen und interessierten Einzelpersonen.	Sind gegeben	Rechtzeitige Information über evtl. strittige Bauvorhaben bzw. -realisierungen mit der Möglichkeit zur Vermittlung in Konfliktfällen. Förderung der Akzeptanz von städtischen Bauprojekten.
37	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 50/2/Amt für Soziales und Senioren - Bürgerhäuser/-zentren	Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an der Arbeit der städtischen Bürgerhäuser erfolgt seit 1997 im Rahmen von gewählten Beiräten. In den Beiräten sind Nutzergruppen, insbesondere auch Jugendliche und Senioren, ebenso vertreten wie Vertreter der örtlichen Politik. Die Beiräte wirken an der Entwicklung der Programme und Angebote der Bürgerhäuser mit.	Sind gegeben	Die Arbeit der Beiräte trägt in entscheidendem Maß zu einer Verankerung der Bürgerhäuser in der Stadtteilbevölkerung bei. Über die Beiratstätigkeit gewinnen die Bürgerhäuser auch zusätzliche Interessenten an ehrenamtlicher Tätigkeit für Angebote der Einrichtungen.



Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
38	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 50/2/Amt für Soziales und Senioren - Bürgerhäuser/-zentren	Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei den freien Trägern der Bürgerhäuser erfolgt auf zweifache Weise: Zum einen sind Bürgerinnen und Bürger Mitglieder der Trägervereine. Zum anderen gibt es in drei Einrichtungen Beiräte und in zwei Einrichtungen die Beteiligung örtlicher gesellschaftlicher Gruppierungen in Vorständen der Trägervereine. Die vom Rat der Stadt im April 2008 verabschiedete Rahmenkonzeption für Bürgerhäuser sieht vor, dass auch in den freien Einrichtungen, die noch keinen Beirat gebildet haben, zukünftig die Mitwirkung über Beiräte organisiert werden soll.	Sind gegeben	Die Arbeit der Beiräte und die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger in den Trägervereinen trägt in entscheidendem Maß zu einer Verankerung der Bürgerhäuser in der Stadtteilbevölkerung bei. Über die Beiratstätigkeit gewinnen die Bürgerhäuser auch zusätzliche Interessenten an ehrenamtlicher Tätigkeit für Angebote der Einrichtungen.
39	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 502/Amt für Soziales und Senioren - Fachstelle Wohnen, wirtschaftliche Hilfen, ResoDienste	Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik. In der Stadt AG sind alle maßgeblichen Vertreterinnen und Vertreter der Träger aus dem Bereich der Wohnungslosenhilfe, sowie der Verwaltung und Politik miteinander vernetzt. Die AG stellt das Gremium dar, in dem relevante Entscheidungen zur Wohnungslosenpolitik vorbereitet werden. Über die Präsenz der Träger und ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern ist deren Beteiligung und Information gesichert.	Sind gegeben	
40	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 535/ Gesundheitsamt - Psychiatrie- und Suchtkoordinati- on, Gesundheitsbe- richterstattung u. - aufklärung	Orientierungshilfe für Patientenberatung wurde von der AG Patientenorientierung der Dienste und Einrichtungen des Gesundheitswesens der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln (KGK), bestehend aus unabhängigen Patientenberatungsstellen, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen, Migrantevertreterinnen und -vertretern, Apothekerschaft, Frauenorganisationen erarbeitet und auf der Internetseite der Stadt Köln eingestellt.	Sind gegeben	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
41	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 535/ Gesundheitsamt - Gesundheitsberichterstattung u. -aufklärung	Erarbeitung von Qualitätskriterien für Krankenhäuser aus der Sicht von Patientinnen und Patienten und deren Angehörigen durch die AG Krankenhausplanung der KGK (Zusammensetzung aus "Betroffenen"-Gruppen, Migrantinnen und Migranten, Seniorinnen und Senioren, Frauen, Kindern, Selbsthilfegruppen und deren Angehörige)	1500,- € für Prozessberatung (finanziert aus Stiftungsmitteln)	
42	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 5620/Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	Mieterarbeit im Sozialraum Lachemer Weg zum Interessenausgleich der sehr unterschiedlichen Mieter und Trägerlandschaft im Sozialraum. Fortführung der Arbeit.	Die inhaltliche und methodische Planung, Organisation und Umsetzung der Mieterarbeit ist im Rahmen des Sozialen Dienstes des WVB gewährleistet.	Die Beteiligung aller Mieter und Nutzer stärkt die Wohnzufriedenheit und aktiviert ehrenamtliches Engagement. Der Sozialraum stabilisiert sich weiterhin.
43	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 5620/Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	Repräsentative Beteiligung durch Interessenvertretungen beim „Runden Tisch für Flüchtlingsfragen“ durch Einbindung und Beteiligung bei der Entwicklung von Leitlinien zur Flüchtlingspolitik der Stadt. Fortführung der Zusammenarbeit.	Sind gegeben	Einbeziehung der Interessenvertreterinnen und –vertreter in die Entscheidungen der Verwaltung hinsichtlich der Planungen für Unterbringungsressourcen sowie gemeinsame Entwicklung von Standards und Zielsetzungen.
44	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 5620/Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	Mietermitbestimmung in ehemaligen Obdachlosensiedlungen zur Stärkung der Wohnzufriedenheit und Eigenverantwortlichkeit in den Siedlungen.	Die inhaltliche und methodische Begleitung der Mieterräte ist im Rahmen des Sozialen Dienstes des WVB gewährleistet.	Die Mietermitbestimmung stärkt die Wohnzufriedenheit und aktiviert ehrenamtliches Engagement. Der Sozialraum stabilisiert sich weiterhin.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
45	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 5620/Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	Förderung von Selbsthilfeaktivitäten in Einrichtungen des WVB für Obdachlose, Flüchtlinge und Aussiedler durch inhaltliche und methodische Begleitung der Bewohnerinnen und Bewohner. Fortführung der Förderung.	Sind gegeben	Die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner von Obdachlosen und Flüchtlingseinrichtungen zur Gestaltung ihres unmittelbaren Wohnumfeldes und die Beteiligung an Gestaltungsprozessen ist eine wesentliche Zielrichtung der Bewohnerarbeit. Die Projekte (Pflanzaktionen, Grünpflegearbeiten, Treppenhausanstriche, Spielplatzgestaltung, Bewohnerfeste etc.) werden gemeinsam mit den Bewohnern entwickelt.
46	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 5620/Wohnungsversorgungsbetrieb der Stadt Köln	WAS-Projekt – Wohnen, Arbeit, Sicherheit – Projekt zur operativen Straftaten-Prävention im Sozialraum Flemingstraße.	Sind gegeben	Durch das Projekt werden Straftaten verhindert, der Sozialraum gestärkt und die Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner auf Integration in den Arbeitsmarkt verbessert.
47	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 573/Umwelt- und Verbraucherschutzamt, Boden und Grundwasserschutz; 57/2 Projektgruppe Altdeponien	Bürgerbeteiligung bei Altlastensanierungen. Insbesondere wenn im Nahbereich von Altdeponien Deponiegas austritt ist bei der Suche nach geeigneten Sanierungsmöglichkeiten eine Anwohnerbeteiligung empfehlenswert. Sämtliche Veranstaltungen werden moderiert.	Werden mit entsprechendem Beschluss zur Sanierung in Haushalt eingestellt.	Höhere Akzeptanz der Sanierungsmaßnahmen und ggf. Unterstützung bei der Unterhaltung der Anlagen.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
48	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 574/Umwelt- und Verbraucherschutzamt - Umweltplanung und -vorsorge	Umwelttelefon: Bürgerberatung zu umweltrelevanten Themen und Beschwerden (lfd. Nr. 52 korrespondiert mit lfd. Nr. 54); Öffentlichkeitsarbeit	Sind gegeben	Die Nähe zu den Sachbereichen im Umweltamt ermöglicht eine schnelle fachkompetente Erledigung auch komplizierter Sachverhalte.
49	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 574/Umwelt- und Verbraucherschutzamt - Umweltplanung und -vorsorge	Anfragen nach dem Umweltinformationsgesetz werden in allen Fachabteilungen bearbeitet; Bürgerinnen und Bürger erhalten ohne Angaben von Gründen Einsicht und Auskünfte zu den im Amt vorliegenden Informationen.	Aufwändige Anfragen werden gegen Gebühr beantwortet	Die Gebührenerhebung deckt nur einen Teil des Aufwandes ab. Sie führt aber auch dazu, dass die Anfragen auf das wirklich Erforderliche beschränkt bleiben.
50	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 574/Umwelt- und Verbraucherschutzamt - Umweltplanung und -vorsorge	Anfragen und Beschwerden beispielsweise zu: Lärm, Luftreinhalteplan, Altlasten, Natur- und Artenschutz, Lebensmittelhygiene/-kontrolle und Veterinärwesen werden durch zuständige Sachbearbeiter beantwortet.	Zusätzlicher Personalaufwand, falls Ausweitung gewünscht.	Eine ausführliche Beratung am Telefon erspart oftmals weiteren Schriftwechsel und Kontakte. Komplexe Sachverhalte über gesetzliche Normen und Verfahren sind oft schwer verständlich. Es ist Aufgabe der Verwaltung Bürgerinnen und Bürger hierbei zu unterstützen. Die Umweltverwaltung wird oftmals instrumentalisiert für zivilrechtliche Probleme und Nachbarschaftsstreitigkeiten, dies zeigt sich in zahlreichen anonymen Beschwerden.

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
51	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 574/Umwelt- und Verbraucherschutzamt - Umweltplanung und -vorsorge	Umweltpädagogische Informationsstelle für Lehrkräfte bei der Informationen und Materialien abgerufen werden können. Regelmäßiges Fortbildungsangebot für Lehrkräfte. Umweltbibliothek vorhanden. Vernetzung mit vielen externen Bildungseinrichtungen, Umweltgruppen, Verbände, Schulen und Kindergärten sowie städtischen Einrichtungen. Internetvernetzung.	Sach- und Personalkostenbudget erforderlich, für Materialien, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Fortbildungen	Die Vernetzung ermöglicht einen breiten Verteilerkreis und enge Kooperation.
52	Dezernat Soziales, Integration und Umwelt 574/Umwelt- und Verbraucherschutzamt - Umweltplanung und -vorsorge	Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung bei gesetzlich vorgeschriebenen Verwaltungsverfahren (z.B. Planfeststellungen). Bei den Verfahren können Bürgerinnen und Bürger Einsicht in die Pläne der Vorhaben nehmen und ihre Einwände formulieren.. Bei einem ggfs. nachfolgenden Erörterungstermin werden alle relevanten Belange von der Behörde abgestimmt.	Sind gegeben	
53	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 15/Amt für Stadtentwicklung und Statistik	Durchführung einer frühzeitigen Beteiligung bei der Erneuerung des Görlinger Zentrums. Das Verfahren „Bürgerwerkstatt“ wurde hierzu als Pilotprojekt neu entwickelt und kann als Modell für weitere Beteiligungen bei der Neugestaltung von Ortsmittelpunkten bzw. zentralen öffentlichen Flächen dienen.	LOS-Projekt (Lokales Kapital für soziale Zwecke)	Bürgerinnen und Bürger werden frühzeitig in die Planung einbezogen. Sie können sich aktiv in die Planung einbringen. Überzogene Erwartungen an die Realisierung sind möglich.
54	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 15/Amt für Stadtentwicklung und Statistik	Einrichtung und Organisation von vier Beiräten: Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/ Müngersdorf/ Ehrenfeld; Sanierungsbeiräte Bocklemünd-Mengenich, Porz-Finkenbergr und Eigelstein. Beiräte haben beratende Funktion für die Bezirksvertretungen und stehen den Bürgerinnen und Bürgern in Bürgersprechstunden zur Verfügung.	Sind gegeben	

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
55	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 61/Stadtplanungsamt	Moderationsverfahren für Fachleute, Politik und Verwaltung zum Konzept zur Gestaltung und Reparatur der gesamten Stadtplätze.	15.000 € + 250 Stunden Ingenieur und Verwaltungsleistungen	
56	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 61/Stadtplanungsamt	Moderationsverfahren zum Planungskonflikt um die Bebauung von Teilflächen des Rennbahngeländes Weidenpesch.	60.000 € + 340 Stunden Ingenieur und Verwaltungsleistungen	
57	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 61/Stadtplanungsamt	Moderierter Workshop zum Umfeld Bahnhof Kölnmesse/Deutz.	135.000 € + 640 Stunden Ingenieur und Verwaltungsleistungen	
58	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 61/Stadtplanungsamt	Expertenveranstaltung und drei Infoveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger zum Höhenkonzept linksrheinische Innenstadt;	36.000 € + 600 Stunden Ingenieur und Verwaltungsleistungen	
59	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 61/Stadtplanungsamt	Moderationsverfahren zum Städtebaulichen Masterplan	Sind gegeben	

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
60	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 66/Amt für Straßen- und Verkehrstechnik	Grundsätzlich wird bei allen Aufgaben des Amtes eine bedarfsorientierte Bürgerbeteiligung oder Bürgerinformation geprüft bzw. praktiziert. Im Rahmen von Straßenplanungen, Bauausführungen und Änderung im Verkehrsmanagement z.B. durch Informationsabende mit Moderation, Infoveranstaltungen mit Auskünften von Fachkräften, Anliegerinformationen, Bürgerbeteiligung im Planungsstadium, Einrichtung eines temporären Bürgertelefons zu bestimmten Themen, Infobroschüren zu Baumaßnahmen, Beteiligung von Bürgergruppen bei der Erstellung und Umsetzung von Konzepten, Aktuelle Informationen im Internet, Unterhaltung eines Beschwerdemanagements, Ernennung eines Fahrradbeauftragten.	2 1/2 Stellen, sind derzeit vorhanden. Sie kümmern sich um den organisatorischen Rahmen der Veranstaltungen. Inhaltlich die jew. Sachbearbeiter. Kosten für Ausweitung nicht kalkulierbar, da abhängig vom Aufwand der Planungsverfahren.	<p>Personalaufwand für Infoveranstaltungen ist sehr hoch. Eine Ausweitung auf alle ca. 100 Planungen des Amtes ist mit vorhandenen Ressourcen nicht möglich.</p> <p>Das Amt für Straßen- und Verkehrstechnik vertritt die Auffassung, dass die vorhandene Personal- und Sachmittelausstattung ausreichend ist, um Bürgerbeteiligungen und Bürgerinformationen zu den bedeutenden Themen sicher zu stellen.</p>
61	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 66/Amt für Straßen- und Verkehrstechnik	Ausweitung des vorhandenen Internetangebots des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik. Derzeit beinhaltet es hauptsächlich Informationen zur Verkehrsinfrastruktur bzw. zum Verkehrsmanagement, aber auch spezielle Themen wie der Umbau der Haltestellen Linie 12, der Anwohnerschutz Rhein-Energie-Stadion oder die Umgestaltung der Ringe werden eingepflegt. Darüber hinaus werden wochenaktuell die Baustellen und sonstige Verkehrsstörungen im Stadtgebiet veröffentlicht. Vorstellbar ist es zukünftig alle Planungs- und Bauausführungsdaten, sowie alle Bauvorhaben zu veröffentlichen. Dafür müssten die Daten entsprechend aufbereitet werden und ins Internet gestellt werden.		<p>Verlinkung mit <a href="http://www.mobil-im-rheinland.de">www.mobil-im-rheinland.de</a> besteht bereits</p> <p>Mit der Zusetzung von Personal für das Baustellenmanagement (Maßnahme 16) wird sukzessive das Internetangebot verbessert.</p>

Lfd. Nr.	Dezernat/ Dienststelle	Aufgabe / Projekt /Maßnahme	Finanzielle Voraussetzungen	Vor- und Nachteile, Sonstiges
62	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 66/Amt für Straßen- und Verkehrstechnik	Einführung eines Baustellenmanagements im Internet. Dient der besseren Information der Bürgerinnen und Bürger über Hintergründe, Umfang und Dauer der Baustellen. Entsprechende Verlinkungen mit den verschiedenen „Baustellenverursachern“, wie Telekom usw. sind beabsichtigt. Darüber hinaus könnte die Plattform so ausgebaut werden, dass die gemeinsame Planung von Baustellen im Straßenland mit allen tätigen Unternehmen verbessert wird. Das Baustellenmanagement soll in optimaler Form neben einer umfangreichen Information für die Öffentlichkeitsarbeit auch zur Stauvermeidung bzw. –reduzierung beitragen und den Verkehrsfluss verbessern.	Eine von drei zusätzlichen Stellen ist bereits besetzt. Die Besetzung von zwei weiteren Stellen ist im zweiten Quartal 2009 zu erwarten	Das Projekt deckt sich mit einem Beschluss des Verkehrsausschusses vom 19.02.2008, in dem die Verwaltung beauftragt wurde, ein Baustellenmanagement einzuführen.  Die Website <a href="http://www.mobil-im-rheinland.de">www.mobil-im-rheinland.de</a> , auf der u. a. Verkehrsbehinderungen in Köln eingetragen sind, besteht bereits.
63	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen 66/Amt für Straßen und Verkehrstechnik	Bürgernahe Informationspolitik durch Hauswurfsendungen bei anstehender Bauausführung.	Sind gegeben	
64	Dezernat Kunst und Kultur 41/Kulturamt	Das Kulturamt ist ein Förderamt. Es steht im ständigen Kontakt mit Künstlerinnen und Künstlern; so weit wie möglich findet aktive Mitgestaltung statt z. B. bei Förderkonzepten durch entspr. Beiräte.	Sind gegeben	Bürgerbeteiligung ist im gesamten Kulturbereich viel schwieriger umzusetzen als in typischen Verwaltungsbereichen. Es handelt sich hier in der Regel nicht um Planungen, die man auslegen kann und deren Kriterien sich objektiv bewerten lassen. In Verträgen mit Intendanten oder anderen Institutsleitern sind künstlerische Gestaltungsräume vereinbart worden, die einzuhalten sind.



<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Dezernat/ Dienststelle</b>	<b>Aufgabe / Projekt /Maßnahme</b>	<b>Finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>Vor- und Nachteile, Sonstiges</b>
65	Dezernat Kunst und Kultur 41/Kulturamt	Bürgerengagement für Historisches Archiv über den Förderverein.	Sind gegeben	
66	Dezernat Kunst und Kultur 4102/ Kulturamt - NS-Dokumentationszentrum	Bereits die Entstehung des NS-Dokumentationszentrums war nur durch Bürgerengagement möglich. Wichtiger Bestandteil ist der Förderverein des NS-Dokumentationszentrums, der Verein EL-DE-Haus e. V. Dessen Programm beinhaltet z. B. seit 1989 die ehrenamtliche Begleitung ehemaliger Zwangsarbeiter bei Besuchen in Köln.	Sind gegeben	
67	Dezernat Kunst und Kultur 43/Stadtbibliothek	Der Stadtbibliothek sind sechs Fördervereine angeschlossen. Die konzeptionellen Vorstellungen der Bibliothek werden mit den Mitgliedern regelmäßig diskutiert. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Bestandspolitik. Sie ist Archivierungsort der Ratsprotokolle. Anschaffungsvorschläge können darüber hinaus in allen Bibliotheken gemacht werden.	Sind gegeben	
68	Dezernat Kunst und Kultur 450/Referat für übergreifende Museumsangelegenheiten	Bürgerengagement für die wissenschaftlichen Museen und Institute erfolgt über Fördervereine an Museen und Instituten sowie in angesiedelten Arbeitskreisen.	Sind gegeben	
69	Dezernat Kunst und Kultur 480/Stadtkonservator	Die Dienststelle Konservator begleitet die Arbeit diverser Vereine und Institutionen, z. B. Förderverein Romanische Kirchen, Architekturforum Rheinland, Köln Architektur.	Sind gegeben	